



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 9. April 2025

Von Wolfgang Liedtke

Wie um die Kritik der FDP-Fraktion aus der letzten Sitzung Lügen zu strafen, standen für diese Sitzung sieben Traktanden in der Einladung. Unter dem Traktandum „Mitteilungen“ stellte Stadtrat Mario Senn (FDP) die aktuelle Kriminalstatistik des Kantons und der Gemeinde vor. Kantonsweit liess sich feststellen, dass die Kriminalitätsrate bei der Wohnbevölkerung 2024 um 12 Prozent zurückging, während sie unter den Asylbewerbern anstieg. In Adliswil gab es im vergangenen Jahr 971 Straftaten, ein Plus von 20,1 Prozent. Davon waren 573 Vermögensdelikte (+ 17,7 %) und 15 Delikte gegen die sexuelle Integrität. Von null auf 16 Fälle stieg das Delikt Raufhandel (§ 133 StGB), es handelte sich allerdings um ein einziges Ereignis mit 16 Beteiligten. Laut Senn hängt der Anstieg in einzelnen Deliktsfeldern auch mit einer besseren Anzeigendisziplin zusammen.

Fragestunde

Erneuerungsarbeiten am Gasleitungsnetz in Oberleimbach – Zahlenmaterial zur Entwicklung der Wohnungsmieten und des Wohneigentums in Adliswil

Urs Huber (SVP) erkundigte sich nach den Erneuerungsarbeiten am Gasleitungsnetz in Oberleimbach und wollte wissen, wie viele Abnehmer mit dieser Gasleitung versorgt werden, wie hoch der tägliche Energiebedarf in Adliswil ist, woher das Gas stammt und ob die Leitungen später einmal umgenutzt werden können.

Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte zunächst, dass sie in Vertretung des Unternehmens 360°, die die Eigentümerin und Betreiberin des Gasnetzes ist, diese Fragen beantwortet. Die Frage nach den Abnehmern der erneuerten Leitung lässt sich nicht beantworten, da diese Leitung nicht für ein spezielles Abnahmegebiet zuständig ist. Insgesamt gibt es 880 Bezüger für Gas in Adliswil. Der durchschnittliche Tagesbedarf liege bei 213 MWh. Das von 360° gelieferte Gas bestehe zu 35 Prozent aus Biogas. Allerdings hätten die Abnehmer auch die Möglichkeit, Gas auf dem freien Markt zu beziehen. Darüber liegen aber keine Zahlen vor. Nach Beendigung der Gaslieferung kann die Leitung in Zukunft auch für Wasserstoff oder als Schutzrohr für andere Leitungen genutzt werden.

Wolfgang Liedtke (SP) bezog sich auf seine zwei schriftlichen Anfragen vom Dezember 2024, in denen er sich nach der Entwicklung der Angebotsmieten in Adliswil seit 1995 und der Eigentumsverhältnisse beim Wohnungsbestand seit 2000 erkundigte. Auf beide Anfragen erhielt er die Antwort, dass die Stadt nicht über Zahlmaterial verfüge, es nicht erheben könne und es auch nicht von Dritten erhältlich sei. Liedtke führte weiter aus, dass er über dieser Antwort erstaunt gewesen sei und sich selbst erkundigt habe. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Firma *Wüest & Partner* entsprechende Daten für alle Schweizer Gemeinden erhebe und dass man sie gegen eine Gebühr von 200 Franken dort beziehen könne. Er wollte nun vom Stadtrat wissen, ob er seine schriftlichen Anfragen erneut einreichen müsse oder ob sein mündlicher Hinweis reiche, um die korrekten Antworten auf seine schriftlichen Anfragen unbürokratisch zu erhalten. Ausserdem erklärte er sich bereit, im Fall eines finanziellen Engpasses der Stadt die 200 Franken aus eigener Tasche zu zahlen, und bot dem Stadtpräsidenten unter dem Gelächter der Anwesenden den Betrag in bar an. Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) lehnte dankend ab mit dem Hinweis, er sei nicht befugt, Bargeld entgegenzunehmen. Er versprach jedoch, dass die Frage an die zuständige Stadträtin Karin Fein (FW) weitergeleitet werde.

Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Kopfholz

Das Schulhaus und die Sporthalle wurden 1969 erstellt und 2014 durch ein weiteres Gebäude ergänzt, in dem die Betreuung stattfindet. Ausserdem gibt es im Aussenbereich eine Sportwiese, einen Hartplatz und einen Spielplatz. Die älteren Gebäudeteile müssen nun energetisch saniert und die Heizungsanlage muss erneuert werden. Die Betreuungskapazitäten reichen nicht mehr und sollen durch einen Neubau erweitert werden. Im Aussenbereich soll es eine Überdachung geben und auf dem Dach soll eine Photovoltaikanlage installiert werden. Insgesamt sollen sich die Kosten auf ca. 18 Mio. Franken belaufen. Auf Skepsis stiess bei den Gemeinderäten der hohe Anteil von gebundenen Kosten in Höhe von ca. 15 Mio. Franken.

Als Berichterstatter der Rechnungsprüfungskommission (RPK) unterstützte Daniel Frei (FW) die Massnahmen aus allgemeiner Sicht. Die Mitglieder der RPK hatten sich bei einer Besichtigung vor Ort die geplanten Massnahmen erläutern lassen und die Sachkommission (SaKo) um einen Mitbericht gebeten. Schliesslich wurden eine Reihe von geplanten Lösungen als unnötig taxiert. Dabei handelte es sich beispielsweise um die Erweiterung der Umkleidekabinen in der Sporthalle von zwei auf vier Räume. Ausserdem hielt man es für unnötig, die Regenwasserleitungen hinter der Gebäudehülle anstatt aussen zu verlegen. Zu reden gaben auch die geplanten Belüftungsanlagen und die elektrischen Storen an den Fenstern. Frei kritisierte auch den hohen Anteil an gebundenen Kosten und bezweifelte deren Rechtmässigkeit. Ausgaben gelten als gebunden, wenn sie aufgrund eines Gesetzes, eines Urteils oder eines Vertrags erforderlich sind oder der zuständigen Behörde aus sachlichen und zeitlichen Gründen kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt. Dies wurde für die meisten der geplanten Massnahmen angezweifelt.

Silvia Helbling (FDP) vertrat die Meinung, dass sich der Bedarf an Sanierungen schon lange abgezeichnet hatte. Sie verwies auf das anhaltende Wachstum der Stadt und die damit steigenden Infrastrukturkosten und kündigte die Zustimmung der FDP-Fraktion an.

Esen Yilmaz (SP) meinte: *Wir sollen dem vorliegenden Verpflichtungskredit von Fr. 2,873 Mio. zur Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Kopfholz zustimmen – wie vom Redner der RPK bereits erwähnt, bestimmen wir heute nur über die kleinere Investition, denn total wird für Fr. 17,914 Mio. gebaut. Warum braucht es diese Investition jetzt?*

Die Schulanlage ist baulich und energetisch am Limit. Die Heizungsanlage ist technisch überholt, das Raumangebot im Hortbereich ist klar unzureichend und gesetzliche Anforderungen an Barrierefreiheit und Brandschutz werden nicht mehr erfüllt. Eine Aufschiebung würde nicht nur teurer, sondern wäre auch pädagogisch unverantwortlich.

Ist der geplante Umfang der richtige? Der Projektumfang überzeugt durch eine integrierte Sicht: Gebäudesanierung, Erweiterung des Hortangebots, Barrierefreiheit, energetische Optimierung und PV-Anlage. Aber: Ist alles davon zwingend? Die Erweiterung des Hortbereichs und die Installation der Photovoltaikanlage sind politisch wünschbar – aber nicht gebunden. Es ist zentral, dass die Finanzierung dieser neuen Ausgaben von Fr. 2,87 Mio. und den unglaublich hohen gebundenen Kosten von Fr. 15,041 Mio. transparent erfolgt, insbesondere im Hinblick auf Folgekosten und Nachhaltigkeit.

Wie ist das Projekt steuerbar? Die Projektorganisation erscheint robust. Der Projektausschuss ist klar besetzt, Entscheidungsprozesse sind geregelt, die Phasenfreigabe erfolgt stufenweise. Doch: Die Komplexität ist hoch, insbesondere durch die Vielzahl an Teilprojekten. Der Grosse Gemeinderat muss regelmässig über Fortschritt, Kostenentwicklung und Risikofaktoren informiert werden, falls möglich durch den Stadtrat und bitte ohne regelmässige Rückfragen aus diesem Rat. Das ist hoffentlich kein Novum, aber in Anbetracht der Grösse des Projekts mit einem Budget von knapp Fr. 18 Mio. sehr sinnvoll.

Was kostet uns das langfristig? Die prognostizierten Folgekosten von rund Fr. 1,38 Mio. jährlich über 20 Jahre sind erheblich. Dabei sind Fr. 100'000 zusätzliche Betriebskosten und Personalaufwände jährlich ein relevanter budgetierter Faktor. Diese Kosten müssen im Kontext des Gesamtbudgets der Stadt und der mittelfristigen Finanzplanung kritisch beobachtet werden. Genau diese und weitere bevorstehende Folgekosten sind für die Stadtfinanzen kritisch. Es wird mir persönlich nicht mehr wohl, wenn ich diese Kosten bei jedem neuen Projekt prüfe. Wir sollten generell die Folgekosten der vergangenen 15 Jahre mal unter die

Lupe nehmen und mit heute und morgen vergleichen. Dann wird den meisten hier im Rat wie mir unwohl werden.

Setzen wir die richtigen politischen Signale? Ja – aber teilweise. Die Kombination aus Sanierung, energetischer Verbesserung und sozialer Infrastruktur ist ein wichtiges Signal für die Bildung, Nachhaltigkeit und Integration. Dennoch bleibt die Frage: Wie verhält sich dieses Projekt zu anderen Investitionen im Schulbereich? Und wie wird es sich auswirken auf die zukünftige Schulraumstrategie? Auf diese zwei Fragen sollte der Stadtrat, sowohl für dieses als auch für zukünftige Projekte, antworten.

Fazit: Dieses Projekt ist notwendig, solide geplant und politisch richtig. Aber es fordert uns in finanzieller, organisatorischer und strategischer Hinsicht stark heraus. Darum sagen wir von der SP-Fraktion «Ja» – jedoch mit wachem Blick und klaren Erwartungen an die Umsetzung. Daniela Eggenberg (SVP) kritisierte ebenfalls den hohen Anteil an „sogenannten“ gebundenen Kosten und stellte die Frage, ob ein kompletter Neubau nicht kostengünstiger sei. Sie kritisierte die RPK für ihre „Gelassenheit“ angesichts der hohen Kosten und stellte fest, dass die SVP diese hohen Ausgaben angesichts der Kassenlage nicht mittragen werden. Jacqueline Schoch (Grüne) unterstützte die Investition in die Lüftungsanlagen, meinte jedoch, dass die angekündigten Massnahmen zur Biodiversität einige Vorstellungskraft abverlangen. Dominik Muri (GLP) bekundete einen fahlen Beigeschmack angesichts der gebundenen Kosten und vermutete, dass damit der Gang an die Urne vermieden werden sollte. Heinz Melliger (FW) bemängelte, dass der Grosse Gemeinderat nur über den kleinen Anteil an ungebundenen Kosten entscheiden dürfe. Er hielt fest, dass die Erweiterung der Schulanlage in RPK und SaKo unstrittig waren.

Zum Schluss ergriff Stadtrat Markus Bürgi (FDP) das Wort und unterstrich die Wichtigkeit der Erweiterung wegen des Anteils von 25 Prozent der Schüler, die eine Betreuung in Anspruch nehmen. Die Nachfrage an Betreuung nehme ständig zu und die Kapazität in Kopfholz sei ausgereizt. Er bezeichnete das Projekt als ausgewogen und sorgfältig geplant.

Die Gemeinderäte befanden sich in einem Dilemma. Einerseits war offensichtlich, dass der Stadtrat bei der Kalkulation der gebundenen Kosten gemogelt hat, um die Mitbestimmung des Gemeinderates zu beschränken und die des Stimmvolkes zu umgehen. Andererseits stand die Dringlichkeit der Erweiterung der Schulanlage nicht in Zweifel. Schliesslich stimmten 24 Gemeinderäte mit Ja und sieben (unter anderen die anwesenden Gemeinderäte der SVP) enthielten sich.

Umwandlung des Projektes „Schulinsel“ in ein ständiges Angebot

Bei der Schulinsel handelt es sich um eine integrative Auszeitstruktur in den Primaschulen. Mit diesem Angebot soll es möglich werden, Kinder mit komplexen Schwierigkeiten ohne kostenintensive externe Sonder- oder Einzelbeschulungen aufzufangen. Der Grosse Gemeinderat hatte erst im Februar ein entsprechendes Angebot für die Sekundarschulen, den «Boxenstopp», gutgeheissen. Sarah Tosun (Die Mitte) berichtete für die RPK, dass dieses Angebot nicht nur pädagogisch sinnvoll ist, sondern sich auch finanziell rechnet und schon rentabel ist, wenn damit ein bis zwei externe Sonderbeschulungen pro Jahr vermieden werden können. Reto Buchmann (FDP) begründete die Unterstützung seiner Fraktion mit den Kosteneinsparungen. Renata Vasella nahm für die SP-Fraktion Stellung:

Beim Schreiben dieses Votums habe ich zuerst gedacht, ich nehme einfach das Votum vom «Boxenstopp», über den wir vor einigen Wochen abgestimmt haben. Aber ich will euch ja nicht langweilen. Die Argumente bleiben aber trotzdem dieselben: die Schulinsel bietet eine kurzfristige und unkomplizierte Möglichkeit, um bei Verhaltensproblemen bei Schülern und Schülerinnen reagieren zu können und so den betroffenen Schüler, die Schülerin, die Klasse und die Lehrpersonen entlasten zu können. So können anderweitige teurere Lösungen wie z.B. externe Timeouts vermieden werden und die Kinder können in einem kleineren Setting in Adliswil selber zur Ruhe kommen. Wichtig finde ich dabei, dass sie neben der Förderung in den Schulfächern auch sozialpädagogisch von einer Fachperson unterstützt werden. Diese

sollte dann die Reintegration in die Klasse begleiten, damit es hoffentlich nicht nach kurzer Zeit wieder zu einem Timeout in der Schulinsel kommt.

Die SP findet die Lösung einer Schulinsel sehr viel sinnvoller als die kantonale Förderklasseninitiative und unterstützt deshalb den Antrag der Schulpflege zur Umwandlung des Projektes Schulinsel in ein dauerndes Angebot.

Pascal Welti (Grüne) verwies darauf, dass der Kanton bereits die Ausweitung der Massnahmen zur integrativen Auszeit vorbereite. Adliswil sei dann bereits vorbereitet. Er erklärte, dass die Grünen die inklusive Schule für wichtig halten.

Der Antrag wurde einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Förderung der E-Mobilität

Mit einem Postulat forderten Gemeinderäte der FDP, SVP und FW, die Stadt soll kostenlos Bodenflächen zur Verfügung stellen, damit private Anbieter Ladestationen für E-Autos aufstellen und betreiben könnten. Die bisherige Ladeinfrastruktur in Adliswil habe ein zu geringe Ladeleistung. Es sollen leistungsstarke Lademöglichkeiten geboten werden, vor allem an stark frequentierten Orten wie dem Freibad oder der Sportanlage Tüfi. Der Stadtrat erklärte in seiner Antwort die Bereitschaft zur Entgegennahme.

Der Erstunterzeichner Rolf Schweizer (FDP) leitete sein Votum mit einer Umfrage nach der Verbreitung von E-Autos im Grossen Gemeinderat und im Stadtrat ein. Es stellte sich heraus, dass vier Räte ein vollelektrisches Auto besitzen und dass bei fünf Räten sich kein Auto im Haushalt befindet.

Für die SP bezog Xheli Etemi Stellung: *Die SP Adliswil unterstützt das Postulat zur Förderung der E-Mobilität und begrüsst die Bereitschaft des Stadtrats zur Entgegennahme. Elektromobilität ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Auch wenn wir langfristig den öffentlichen Verkehr und die sanfte Mobilität stärken wollen, sehen wir im Ausbau der Ladeinfrastruktur einen sinnvollen Schritt – besonders für jene, die weiterhin auf das Auto angewiesen sind.*

Schnellladestationen an Orten wie dem Hallen- oder Freibad oder der Sportanlage Tüfi machen Sinn, weil dort Menschen länger verweilen und das Laden effizient genutzt werden kann. Wichtig ist aus Sicht der SP aber auch, dass solche Ladestationen gleichmässig über alle Quartiere verteilt werden. So stellen wir sicher, dass genügend Standorte zur Verfügung stehen und alle Bewohnerinnen und Bewohner profitieren können – unabhängig davon, in welchem Teil der Stadt sie leben. Es ist zudem sinnvoll, dass die Stadt lediglich Standorte zur Verfügung stellt und der Betrieb durch private Anbieter erfolgt. So wird die Stadt entlastet, ohne die Entwicklung der Elektromobilität zu bremsen.

Die Förderung nachhaltiger Mobilität gehört zu einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik – auch in Adliswil.

Angela Broggini (Grüne) unterstützte das Ziel, den Verkehr nachhaltiger und klimafreundlicher zu gestalten. E-Mobilität sei aber kein Allheilmittel, denn E-Autos hätten durch die Batterien ein grösseres Gewicht und würden deshalb mehr Feinstaub durch den Reifenabrieb erzeugen. Sie unterstütze aber den Ausbau der öffentlichen Ladekapazität, allerdings eingebettet in ein sinnvolles Mobilitätskonzept.

Da kein Gegenantrag eingereicht wurde, galt das Postulat als an den Stadtrat überwiesen.

Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK ist laut der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates verpflichtet, einmal jährlich Bericht über ihre Tätigkeit in der Oberaufsicht über Exekutive und Verwaltung zu erstatten. Der Bericht gibt Einblick in die Prüfungsarbeiten und bewertet die Befunde mit den Ampelfarben. In seinem Votum bemängelte der Kommissionspräsident Renato Jacomet (SVP) die wenig ausführlichen Antworten der Verwaltung in den Fragebögen der GPK. Er teilte ausserdem mit, dass die Stadt in einigen Feldern von der Best Practise abweiche. So gibt es

beispielsweise keine Regelung für Whistle Blower und kein einheitliches internes Kontrollsystem über die gesamte Verwaltung.

Wolfgang Liedtke nahm für die SP-Fraktion Stellung zu einigen Aspekten des Berichts:

Ich bedanke mich für den guten Bericht der GPK. Er ist klar strukturiert und zeigt, dass die GPK die Oberaufsicht über die Exekutive und die Verwaltung effizient wahrnimmt.

Zwei Themen aus dem Bericht möchte ich gerne aufgreifen.

Im Oberaufsichtsbericht über die Sozialkommission ist die Feststellung zu lesen, dass das Thema Wohnen und die Festlegung der Mietzinslimiten eine besondere Herausforderung darstellen. Während die in den letzten Jahren stark gestiegenen Wohnungsmieten in Adliswil schon für die mittleren Einkommen eine Herausforderung darstellen, gilt dies für Personen, die auf die finanzielle Unterstützung der Allgemeinheit angewiesen sind, erst recht. Die Anhebung der Mietzinslimiten Ende 2023 - nach Jahren der Stagnation - war wichtig und die SP-Fraktion wartet mit Interesse auf den angekündigten Entscheid der Sozialkommission bezüglich der Mietzinslimiten für die kommende Periode.

Das zweite Thema ist die Compliance. Ich bin erstaunt zu erfahren, dass gemäss dem Personalstatut der Stadt Höflichkeitsgeschenke bis zu einem Wert von 200 Franken erlaubt sind. Dabei orientiert man sich zwar an dem Verhaltenskodex des Kantons. Aber abgesehen davon, dass ich persönlich Geschenke mit einem solchen Wert schon als verdächtig höflich empfinde, ist nicht geregelt, wie häufig eine Person solche Geschenke entgegennehmen darf. Nur einmal angenommen - es ist nur ein Gedankenspiel -, ein Unternehmer oder Lobbyist kommt einmal wöchentlich bei einer Amtsstelle vorbei und bringt ein Geschenk für 200 Franken mit. Das kumuliert sich dann im Jahr zu 10'000 Franken.

Dieses Beispiel ist rein hypothetisch. Ich unterstelle ausdrücklich keinem Verwaltungsangestellten etwas in dieser Hinsicht. Es geht nicht um heute handelnde Personen, aber Institutionen müssen sich auch für andere personelle Konstellationen rechtzeitig wappnen. In einer Stadt, in der es in der letzten Dekade einen Korruptionsfall gegeben hat, sollte man mit mehr Ehrgeiz an die Korruptionsbekämpfung gehen. Ich appelliere an die GPK, bezüglich der Regelung zur Annahme von Vergünstigungen weiterhin aufmerksam zu bleiben.

Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) bezog sich in seinem Statement ebenfalls auf die Compliance und verwies zunächst mit einem Augenzwinkern darauf, dass er die von Wolfgang Liedtke in der Fragestunde angebotenen 200 Franken nicht angenommen hat. Er erklärte, dass es in der Verwaltung 490 Stellen gibt. Die meisten Angestellten haben keine weitreichenden Entscheidungskompetenzen. Korruptionsanfällig sind in der Regel Angestellte, die über Baumassnahmen oder hohe Dienstleistungsverträge entscheiden. Es gebe Kontrollmechanismen, so müssten beispielsweise Einladungen dem Vorgesetzten gemeldet werden. Er halte die Regelung im Personalstatut für ausreichend.

Verabschiedung

Unter dem letzten Traktandum wurde Gemeinderat Bernie Corrodi (FW) nach elf Jahren der Zugehörigkeit zum Parlament verabschiedet.

Die Sitzung endete um 21:10 Uhr.